

Große Anfrage

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dennis Gladiator, Eckard Graage,
Ralf Niedmers, André Trepoll (CDU) und Fraktion vom 24.05.23**

und Antwort des Senats

Betr.: Überlastung der Justiz – Wie sieht die aktuelle Situation bei Hamburgs Staatsanwaltschaft aus?

Trotz des dringend notwendigen und erfreulichen Personalzuwachses bei Hamburgs Staatsanwaltschaft in den letzten Jahren, schmoren viele Ermittlungsverfahren noch immer lange vor sich hin. Auch geht aus den Antworten auf mehrere Schriftliche Kleine Anfragen, so unter anderem Drs. 22/7886, 22/7724, 22/6338 und 22/3840, hervor, dass die Arbeitszufriedenheit unter den Beschäftigten der neu geschaffenen Vollstreckungshauptabteilung VIII stark zu wünschen übrig lässt. Die Arbeitsbelastung ist hoch, Überlastungsanzeigen, hohe Fehlzeiten und Umsetzungsgesuche gehören zum traurigen Arbeitsalltag. Es stellt sich die Frage, wie sich die Situation entwickelt hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. *Wie hat sich die Zahl der Neuzugänge in Bekanntsachen (Js) sowie in Unbekanntsachen (UJs) seit dem Jahre 2021 jährlich entwickelt? Bitte pro Jahr und Hauptabteilung angeben.*

Anzahl der Neuzugänge bei der Staatsanwaltschaft Hamburg	2021	2022
Bekanntsachen	147.801	161.373
Unbekanntsachen	134.584	132.720

Die Daten stammen aus der bundeseinheitlichen Justizstatistik, die eine Aufteilung nach Hauptabteilungen nicht vorsieht. Das Vorgangsverwaltungs- und Vorgangsbearbeitungssystem der Staatsanwaltschaft „MESTA“ bietet zwar eine Aufteilung nach Hauptabteilungen an. Da dieses Programm jedoch nicht für die Erhebung von statistischen Daten entwickelt wurde, ergeben sich zur bundeseinheitlichen Statistik erhebliche Abweichungen, sodass diese Daten nicht zur Differenzierung im Sinne der Fragestellung herangezogen werden können. Eine manuelle Überprüfung ist aufgrund der Anzahl der Verfahren in sechsstelliger Höhe in der für die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

2. *Wie haben sich die Zahl der Erledigungen in Bekanntsachen sowie die durchschnittliche Dauer der Verfahren seit dem Jahre 2021 jährlich entwickelt? Bitte pro Jahr und Hauptabteilung angeben.*

Erledigung von Bekanntsachen bei der Staatsanwaltschaft Hamburg	2021	2022
Anzahl	154.340	153.524
durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	2,0	1,9

Im Übrigen siehe Antwort zu 1.

3. *Wie hat sich die Anzahl der Ermittlungsverfahren entwickelt, die seit dem Jahre 2021 jeweils folgendermaßen abgeschlossen wurden:*
- a. *Einstellung nach*
 - i. *§ 170 Absatz 2 StPO,*
 - ii. *§ 153 StPO,*
 - iii. *§ 153a StPO,*
 - iv. *§§ 154, 154a StPO,*
 - v. *§ 154b StPO,*
 - vi. *§ 154f StPO,*
 - vii. *§ 45 JGG,*
 - viii. *Sonstige Einstellungsgründe,*
 - b. *Anklageerhebung,*
 - c. *Strafbefehlsantrag,*
 - d. *Antragsschrift im beschleunigten Verfahren gemäß § 417 StPO,*
 - e. *Antragsschrift im vereinfachten Verfahren gemäß § 76 JGG,*
 - f. *Antragsschrift im Sicherungsverfahren gemäß § 413 fortfolgende StPO?*

Art der Erledigung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg	2021	2022
a. Einstellung nach		
i. § 170 Abs. 2 StPO	45.639	43.676
ii. Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 1 StPO)	16.430	17.794
iii. Einstellung mit Auflage nach § 153a StPO	6.775	7.166
iv. Einstellung bei unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 1 StPO)*	11.652	10.786
v. Einstellung bei Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 1 bis 3 StPO)	136	171
vi. Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 154f StPO)	8.128	7.781
vii. Einstellung nach § 45 Abs. 1 und 2 JGG (Absehen von der Verfolgung und Erzieherische Maßnahmen)	5.523	6.409
vii. Einstellung nach § 45 Abs. 3 JGG (Jugendrichterliche Maßnahmen)	4	4
viii. Sonstige Einstellungsgründe	7.456	8.173
b. Anklage	8.612	8.403
c. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	11.069	11.043
d. Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	99	94
e. Antrag auf vereinfachtes Jugendverfahren (§ 76 JGG)	54	23
f. Antrag auf Eröffnung eines Sicherungsverfahrens	57	38

* Die teilweise Einstellung nach § 154a wird statistisch nicht erfasst.

Im Übrigen siehe Antwort zu 1.

4. *Wie viele dieser Ermittlungsverfahren waren Haftsachen? Bitte pro Jahr und Hauptabteilung angeben. Bei wie vielen Haftsachen oblag die Haftkontrolle (Haftstatut) dem Dezernenten der Staatsanwaltschaft?*

Die zur Beantwortung der Fragestellung erforderlichen Daten werden statistisch nicht erfasst. Eine manuelle Auswertung ist aufgrund der Anzahl der Verfahren in sechsstelliger Höhe in der für die Beantwortung Parlamentarischer Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

5. *Wie viele Ermittlungsverfahren in den HA II und III gab es seit dem 1. Januar 2021, die nach neun Monaten noch nicht erledigt waren? Bitte jeweils zum Stichtag 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember eines Jahres angeben.*

Eine Auswertung aus dem Vorgangsverwaltungs- und Vorgangsbearbeitungssystem der Staatsanwaltschaft „MESTA“ weist folgende Werte aus:

	01.03.21	01.06.21	01.09.21	01.12.21	01.03.22	01.06.22	01.09.22	01.12.22	01.03.23**
HA* I und II	1.937	1.322	925	866	861	841	792	892	1.054
HA III	1.370	1.318	1.283	1.263	1.371	1.398	1.363	1.310	1.392

* Hauptabteilung

** Die Daten für den 01.06.23 liegen noch nicht vor.

Im Übrigen siehe Antwort zu 1.

6. *Wie hat sich die Anzahl der Dezernentenstellen differenziert nach Amts- und Staatsanwälten seit dem Jahr 2021 entwickelt? Wie viele der Stellen waren jeweils besetzt? Bitte jeweils zum Stichtag 1. Januar und 1. Juli Stellen-Soll und VZÄ angeben.*

Stellen	01.01.2021		01.07.2021		01.01.2022	
	Stellen-Soll	davon besetzt*	Stellen-Soll	davon besetzt*	Stellen-Soll	davon besetzt*
für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte	203,5	191,6	203,5	190,9	214,5	203,5
für Amtsanwältinnen und Amtsanwälte	42,8	40,6	42,8	39,4	42,0	40,0
Gesamt	246,3	232,2	246,3	230,3	256,5	243,5

Stellen	01.07.2022		01.01.2023		(aktuell) 30.05.2023	
	Stellen-Soll	davon besetzt*	Stellen-Soll	davon besetzt*	Stellen-Soll	davon besetzt*
für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte	214,9	206,7	219,9	203,3	220,9	204,6
für Amtsanwältinnen und Amtsanwälte	41,0	40,5	40,0	37,4	39,0	37,6
Gesamt	255,3	247,1	259,9	240,7	259,9	242,2

* Vollzeitäquivalent (VZÄ)

7. *Wie hat sich die Anzahl der Bewerbungen für die Staats- und Staatsanwaltschaft seit dem Jahre 2021 jährlich entwickelt? (Bitte nach männlich, weiblich und divers differenziert angeben.)*

- a. *Wie viele Stellen waren jeweils ausgeschrieben?*

Auf der Internetseite der Hamburger Staatsanwaltschaften wird fortlaufend für eine Einstellung als Dezernentin beziehungsweise Dezernent für die Staats- und Staatsanwaltschaft geworben. Eine konkrete Ausschreibung einzelner Stellen erfolgt demzufolge nicht.

Zu Beginn eines Jahres werden zudem jährlich Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger für die duale Ausbildung zur Staatsanwältin oder zum Staatsanwalt gesucht. Auch insofern ist ein entsprechender Hinweis dauerhaft auf der Homepage der Staatsanwaltschaft veröffentlicht. Im Jahr 2022 waren zwei Ausbildungsstellen ausgeschrieben.

- b. *Wie viele Bewerber/innen wurden zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen?*

- c. *Wie viele davon wurden anschließend tatsächlich eingestellt? (Bitte nach männlich, weiblich und divers differenziert angeben.)*

Im Einstellungsverfahren für die Einstellung zur Staatsanwältin beziehungsweise zum Staatsanwalt wurden im Jahr 2021 insgesamt 27, im Jahr 2022 insgesamt elf und im Jahr 2023 bislang 21 Bewerberinnen beziehungsweise Bewerber zu Bewerbungsgesprächen für eine Stelle als Staatsanwältin beziehungsweise Staatsanwalt eingeladen. Berücksichtigt wurden hier auch Gespräche mit Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, die sich bei der Staatsanwaltschaft für einen Laufbahnwechsel beworben hatten.

Aufgrund der im Jahr 2021 durchgeführten Einstellungsgespräche wurden insgesamt 17 (zwölf weiblich, fünf männlich), im Jahr 2022 insgesamt neun (drei weiblich, sechs männlich) und im Jahr 2023 bislang sieben Personen (alle weiblich) als Staatsanwältin beziehungsweise Staatsanwalt eingestellt.

Im Verfahren für die Einstellung zur Amtsanwältin beziehungsweise zum Amtsanwalt stellen sich die Bewerberlage sowie die Einstellung von Volljuristinnen und Volljuristen sowie aus der Rechtspflegerlaufbahn wie folgt dar:

Im Jahr 2021 wurden keine volljuristischen Amtsanwält:innen eingestellt. Im Jahr 2022 wurden Auswahlgespräche mit insgesamt sechs weiblichen volljuristischen Bewerberinnen und einem männlichen Bewerber geführt, von denen der Bewerber sowie drei der Bewerberinnen eingestellt wurden. Alle im Jahr 2022 eingestellten volljuristischen Amtsanwält:innen haben ihren Dienst erst im Jahr 2023 angetreten. Im Jahr 2023 wurden bisher Auswahlgespräche mit zwei weiblichen volljuristischen Bewerberinnen und zwei männlichen Bewerbern geführt, von denen zwei Bewerberinnen sowie ein Bewerber eingestellt wurden, die ihren Dienst noch nicht angetreten haben.

Auf die Ausschreibung für die Ausbildungsstellen zur Amtsanwältinnen beziehungsweise zum Amtsanwalt hat sich eine Rechtspflegerin beworben, die ihre Ausbildung im Jahr 2023 begonnen hat.

d. In welchen Hauptabteilungen wurden die neu eingestellten Bewerber/innen anschließend eingesetzt?

Neu eingestellte Dezernentinnen und Dezernenten wurden in allen Hauptabteilungen mit Ausnahme der Hauptabteilungen Z und VIII eingesetzt.

8. Wie hat sich die durchschnittliche Anzahl der Neuzugänge pro Staats- und Amtsanwalt seit dem Jahre 2021 jährlich entwickelt?

Durchschnittliche Anzahl der Neuzugänge	2021	2022
je StA*	402	453
je AA**	1.558	1.740

* Staatsanwältin beziehungsweise -anwalt

** Amtsanwältin beziehungsweise -anwalt

Die Werte werden über die Justizstatistik und die Personalverwendung aus den bundeseinheitlichen Personalübersichten (PÜ) ermittelt. Die Personalverwendung arbeitet mit Arbeitskraftanteilen (AKA). Dabei entspricht 1,0 AKA einer Vollzeitstelle, die für die Aufgabe im Berichtszeitraum tatsächlich zur Verfügung stand. Eine Vergleichbarkeit zum Stellenplan ist aufgrund der unterschiedlichen Ansätze nicht gegeben.

9. Wie viele Amtsanwaltsstellen sind aktuell mit Amtsanwälten aus der Rechtspflegerlaufbahn besetzt? Bitte Anzahl der Beschäftigten und Besetzungsumfang in VZÄ angeben.

Zurzeit sind 20 Kolleginnen und Kollegen (mit 16,85 VZÄ) in den Hauptabteilungen I und II als Amtsanwältinnen beziehungsweise Amtsanwalt beschäftigt, die ursprünglich aus der Rechtspflegerlaufbahn kommen. Aktuell befindet sich eine Kollegin aus dieser Laufbahn zur Ausbildung als Amtsanwältin in der HA I.

10. Wie werden die Sitzungsdienstzeiten bei der Staatsanwaltschaft Hamburg erfasst? Wie hat sich die Anzahl der Sitzungsstunden der Dezernenten seit dem 1. Januar 2018 jährlich entwickelt? Bitte getrennt nach Hauptabteilungen auflisten.

Die Werte werden über die bundeseinheitliche Justizstatistik ermittelt. Eine Aufteilung nach Hauptabteilungen erfolgt nicht und lässt sich auch nicht valide manuell ermitteln.

	2018	2019	2020	2021	2022
Für den Sitzungsdienst aufgewandte Stunden	28.961	29.590	22.784	22.852	28.652

Im Übrigen siehe Antwort zu 1.

11. *Wie viele Dezenten sind aktuell von der Wahrnehmung des Sitzungsdienstes befreit? Wie erfolgt ein Ausgleich für die damit zusammenhängende Mehrbelastung der nicht vom Sitzungsdienst befreiten Dezenten?*

Aktuell sind insgesamt 26 Dezententinnen beziehungsweise Dezenten von der Wahrnehmung des Sitzungsdienstes befreit. Die Sitzungsdienstbefreiung beruht bei 14 Dezententinnen beziehungsweise Dezenten auf dienstlichen Gründen (Verwaltung, Projektarbeit, Gegenzeichnung) und bei zwölf Dezententinnen beziehungsweise Dezenten auf gesundheitlichen Gründen.

Die vom Sitzungsdienst befreiten Dezententinnen beziehungsweise Dezenten erhalten pro Sitzungstag acht zusätzliche UJs-Mappen zur Bearbeitung, es sei denn, die Befreiung vom Sitzungsdienst dient ganz oder teilweise auch einer krankheitsbedingten Arbeitsentlastung. Dies führt zu einer Entlastung der nicht vom Sitzungsdienst befreiten Dezententinnen beziehungsweise Dezenten.

12. *Anders als in anderen Bundesländern sind Dezenten an mehreren Tagen in der Woche zum Sitzungsdienst eingeteilt. Welche Überlegungen gibt es, um hier Abhilfe zu schaffen?*

Es besteht grundsätzlich eine Verpflichtung der Staatsanwaltschaft, die von den Gerichten anberaumten, erforderlichen Sitzungen wahrzunehmen. In Gesprächen mit den Präsidien sowie im Einzelfall wird allerdings bei den Gerichten darum gebeten, nach Möglichkeit so zu terminieren, dass an einem Tag nicht Sitzungstermine für mehrere Großverfahren (mit dem Erfordernis, die jeweiligen Sitzungsvertreter einzuteilen) terminiert werden und dass Sitzungstage nicht hälftig mit von der Staatsanwaltschaft wahrzunehmenden Terminen und hälftig mit Ordnungswidrigkeiten oder sonstigen Terminen ohne staatsanwaltschaftliche Beteiligung geplant werden.

13. *Wie hat sich die Anzahl der Stellen auf den Geschäftsstellen bei der Staatsanwaltschaft seit dem Jahre 2021 entwickelt? Wie viele der Stellen waren jeweils besetzt? Bitte jeweils zum Stichtag 1. Januar und 1. Juli Stellen-Soll und VZÄ unter Angabe der Besoldungs-/Entgeltgruppe nennen.*

Stellen	01.01.2021		01.07.2021		01.01.2022	
	Stellen-Soll	davon besetzt*	Stellen-Soll	davon besetzt*	Stellen-Soll	davon besetzt*
E 6	103,7	96,9	102,7	95,8	99,7	93,1
E 8	38,8	31,8	38,8	35,8	39,8	35,9
E 9a	10,0	6,4	11,0	8,3	11,0	9,2
E 9b	0,0	0,0	1,0	0,0	1,0	0,0
A 7 Justizobersekretär/in	56,3	50,6	56,3	52,0	59,3	54,0
A 8 Justizhauptsekretär/in	31,5	25,3	31,5	23,1	31,5	22,3
A 9 Amtsinspektor/in im Justizdienst	20,0	19,7	20,0	19,7	20,0	17,8
Gesamt	260,3	230,6	261,3	234,8	262,3	232,3

Stellen	01.07.2022		01.01.2023		(aktuell) 30.05.2023	
	Stellen-Soll	davon besetzt*	Stellen-Soll	davon besetzt*	Stellen-Soll	davon besetzt*
E 6	100,2	97,3	100,2	96,7	100,2	96,8
E 8	39,8	33,3	39,8	34,1	39,8	38,1
E 9a	11,0	11,0	12,0	12,0	12,0	11,0
E 9b	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
A 7 Justizobersekretär/in	59,3	52,7	62,3	56,6	62,3	56,8
A 8 Justizhauptsekretär/in	31,5	21,0	31,5	22,1	31,5	22,6
A 9 Amtsinspektor/in im Justizdienst	20,0	16,8	22,0	18,8	22,0	20,5
Gesamt	262,8	233,1	268,8	241,2	268,8	246,7

* VZÄ

14. *Wie hat sich die Anzahl der Bewerbungen von Externen/Quereinsteigern als Servicekräfte seit dem Jahre 2021 jährlich entwickelt? (Bitte nach männlich, weiblich und divers differenziert angeben.)*

a. *Wie viele Stellen waren jeweils ausgeschrieben?*

Die Staatsanwaltschaft Hamburg sucht fortlaufend externe Kräfte sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger im Servicebereich. Eine konkrete Stellenausschreibung erfolgt insoweit nicht, entsprechende Hinweise sind auf der Homepage der Staatsanwaltschaft Hamburg veröffentlicht.

b. *Wie viele Bewerber/innen wurden zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen?*

c. *Wie viele davon wurden anschließend tatsächlich eingestellt? (Bitte nach männlich, weiblich und divers differenziert angeben.)*

Die erforderlichen Daten werden statistisch nicht erfasst. Nach einem Personalwechsel besteht auch nicht mehr die Möglichkeit, für das Jahr 2021 die Aufzeichnungen der zuständigen Sachbearbeiterin auszuwerten.

Im Jahr 2022 fanden mit insgesamt 19 Bewerberinnen und Bewerbern von Externen/Quereinsteigern Auswahlgespräche statt, von denen zwölf Bewerber (einer männlich, elf weiblich, null divers) eingestellt wurden.

d. *In welchen Hauptabteilungen wurden die neu eingestellten Bewerber/innen anschließend eingesetzt?*

Die Neueinstellungen im Servicebereich wurden im Jahr 2022 und 2023 in allen Hauptabteilungen eingesetzt.

15. *Wie hat sich die durchschnittliche Fehlzeitenquote bei den Dezernenten sowie bei den Servicekräften der Geschäftsstellen der Staatsanwaltschaft seit dem Jahre 2021 jährlich entwickelt? Bitte, falls möglich, getrennt nach Hauptabteilung auflisten.*

Die Mitarbeitenden der Hauptabteilungen lassen sich nicht getrennt ausweisen.

Durchschnittliche Fehlzeitenquote	Staatsanwaltschaft		
	Servicepersonal (Geschäftsstellen)	Rechtspflegerschaft	Dezernenten
Berufskategorie	Bürofachkräfte, Bürohilfskräfte	Rechtspflegerschaft	Staatsanwälte, Amtsanwälte
2021	11,4 %	9,8 %	4,8 %
2022	12,7 %	11,1 %	5,8 %
2023 (bis einschließlich März)*	13,4 %	13,1 %	4,6 %
Durchschnitt	12,2 %	10,7 %	5,2 %

Durchschnittliche Fehlzeitenquote	Generalstaatsanwaltschaft	
	Servicepersonal (Geschäftsstellen)	Dezernenten
Berufskategorie	Bürofachkräfte, Bürohilfskräfte	
2021	2,5 %	2,8 %
2022	5,4 %	2,2 %
2023 (bis einschließlich März)*	4,8 %	1,1 %
Durchschnitt	4,2 %	2,3 %

* Valide Zahlen zu Fehlzeitenquoten liegen für das Jahr 2023 nur bis einschließlich März vor.

16. *Wie hat sich die Anzahl der Langzeiterkrankten (länger als 75 Tage) bei den Dezernenten sowie bei den Servicekräften der Geschäftsstellen der Staatsanwaltschaft seit dem Jahre 2021 jährlich entwickelt? Bitte, falls möglich, getrennt nach Hauptabteilung auflisten.*

Die Mitarbeitenden der Hauptabteilungen lassen sich nicht getrennt ausweisen.

Beschäftigte Langzeiterkrankte	Staatsanwaltschaft		
	Servicepersonal (Geschäftsstellen)	Rechtspflegerschaft	Dezernenten
2021	27	5	13
2022	25	4	13
2023 (bis einschließlich März)	14	2	8

Bei der Generalstaatsanwaltschaft war niemand langzeiterkrankt. Valide Zahlen zu Fehlzeitenquoten liegen für das Jahr 2023 nur bis einschließlich März vor.

17. *Wie hoch sind aktuell die Bearbeitungsrückstände auf den Geschäftsstellen der Staatsanwaltschaft? Bitte pro Hauptabteilung nach Fristen, Rückläufen, Neueingängen, BZR und Kosten differenziert angeben.*

Bearbeitungsrückstände auf den Geschäftsstellen der Hauptabteilungen werden nicht automatisiert erfasst. Die Auswertung erfolgt jeweils händisch durch die Hauptabteilungsgeschäftsleitungen. Die Ergebnisse der letzten händischen Auswertungen, die in den Hauptabteilungen im Zeitraum vom 1. Mai 2023 bis zum 25. Mai 2023 vorgenommen wurden, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Fristen	Rückläufe	Neueingänge	BZR	Kosten
HA I	40	707	4.130	-	453
HA II	275	2.542		-	-
HA III	1.511	1.394	585	-	9
HA IV	265	1.906	75	250	300
HA V	242	335	157	382	36
HA VI	-	291	600	80	-
HA VII	-	-	-	-	150
HA VIII	2.684	5.311	1.312	623	-

- a. *Was sind die Gründe für die Bearbeitungsrückstände?*
 b. *Zu welchen Auswirkungen führen diese?*

Bearbeitungsrückstände auf den Geschäftsstellen resultieren meistens aus Unterbesetzungen, die durch Vakanzen sowie durch Langzeiterkrankungen entstehen, zudem zuletzt auch infolge der stark angestiegenen Eingangszahlen. In der Folge kann es dadurch zur Verzögerung bei der Bearbeitung einzelner Vorgänge und unter Umständen zu einer Beeinträchtigung der Sachbearbeitung kommen.

- c. *Welche Maßnahmen werden zum Abbau der Rückstände ergriffen?*

Im Falle besonders großer oder stark ansteigender Rückstände wird jeweils temporär durch weniger belastete Abteilungen unterstützt. Zudem werden sämtliche Anstrengungen zur (Nach-)Besetzung vakanter Stellen unternommen.

18. *Im Rahmen der Beratungen im Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz zum entsetzlichen Vorfall in Brokstedt, berichtete die Senatorin, dass die Staatsanwaltschaften laufende Haftsachen, die in einem ausländischer- oder asylrechtlichen Kontext stehen, auch im Hinblick auf die Mitteilungspflichten überprüft und hier gegebenenfalls erforderliche Nachmeldungen vorgenommen haben (Ausschussprotokoll Nummer 22/24). Wie viele Nachmeldungen erfolgten in diesem Zusammenhang?*

Die Nachmeldungen sind in den jeweils zuständigen Abteilungen nach Prüfung der dortigen Haftlisten und der betreffenden Verfahren erfolgt. Eine Statistik über die Nachmeldungen wurde nicht geführt. Die für die Beantwortung erforderliche manuelle Auswertung von rund 350.000 Verfahrensakten ist in der für die Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

- a. *Wer ist für die erforderlichen Übermittlungen nach Nummern 42 und 42a MiStra jeweils zuständig? Bitte nach Verfahrensstadien (unter anderem Einleitung des Verfahrens, Erlass und Aufhebung eines Haftbefehls, Erhebung der öffentlichen Klage, Ausgang des Verfah-*

rens, Widerruf einer Strafaussetzung zur Bewährung, Widerruf der Zurückstellung der Strafvollstreckung) differenziert angeben.

Die Prüfung und die Anordnung der Mitteilungen in Strafsachen nach MiStra Nummern 42 und 42a erfolgen wie nachfolgend angegeben:

- Automatisch: Einleitung des Verfahrens, Einstellung des Verfahrens bei der Staatsanwaltschaft (es ist beabsichtigt, die automatisierte Mitteilung abzuschalten mit der Folge, dass die Durchführung der Mitteilungen durch die Dezernentinnen und Dezernenten angeordnet wird.)
- Dezernentinnen und Dezernenten: Erlass und Aufhebung eines Haftbefehls, Erhebung der öffentlichen Klage
- Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger: Mitteilungen im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens nach rechtskräftiger Verurteilung
- Gruppenleitungen: Bei Verfahrenseinstellung oder Freispruch nach Anklageerhebung bei Gericht

b. Ist sichergestellt, dass alle erforderlichen Meldungen nach Nummern 42 und 42a MiStra künftig umgehend erfolgen?

Falls ja, durch wen und auf welche Weise? Wer verfügt dies und erfolgt die Eingabe händisch oder automatisiert? Wie, wann und durch wen findet die Kontrolle über die Übermittlung statt?

Gemäß MiStra Nummer 42 beziehungsweise 42a hat die Mitteilung in Strafsachen bei Vorliegen eines Mitteilungsgrundes unverzüglich zu erfolgen, sofern nicht – etwa wegen der Gefährdung des Untersuchungswecks – Gründe für ein Unterbleiben der Mitteilung vorliegen. Die Prüfung, ob eine Mitteilung zu erfolgen hat, und die Kontrolle, ob diese nach Anordnung ergangen ist, erfolgen durch die jeweils zuständige Sachbearbeitung im Rahmen der weiteren Vorgangsbearbeitung. Im Übrigen siehe Antwort zu 18 a.

Soweit kein Fall der automatisierten Übermittlung vorliegt, erfolgt die Mitteilung durch händische Erstellung eines Mitteilungsschreibens im Servicebereich und Versendung an die zuständige Adressatin.

19. Wie hat sich die Personalsituation in der Vollstreckungshauptabteilung VIII entwickelt? Bitte Stellen-Soll und VZÄ zum Stichtag 1. Mai 2023, getrennt nach Dezernenten, Rechtspflegern und Servicekräften angeben.

Das in der Geschäftsverteilung für das Jahr 2023 (JGV 2023) grundsätzlich vorgesehene Stellen-Soll und die tatsächliche Besetzung (in VZÄ) stellten sich am 1. Mai 2023 in den abgefragten Funktionsgruppen der HA VIII wie folgt dar:

Funktionsgruppe	Stellen-Soll laut JGV 2023	Besetzung in VZÄ
Dezernentinnen und Dezernenten	3,4	3,4
Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger	26,2	26,55
Servicemitarbeiterinnen und Servicemitarbeiter (qualifizierte Einheitssachbearbeiterinnen und Einheitssachbearbeiter)	40,85	39,21

20. Wie viele Umsetzungsgesuche von Mitarbeitern der Geschäftsstellen der Vollstreckungshauptabteilung VIII sind seit der Umstrukturierung insgesamt eingegangen? Wie vielen Umsetzungsgesuchen wurde bereits stattgegeben, wie viele wurden aus welchen Gründen abgelehnt?

Es sind bislang insgesamt sechs Umsetzungsgesuche aus dem Servicebereich der HA VIII eingegangen. Zwei Umsetzungsgesuchen wurde entsprochen. Im Übrigen erhielten die Betroffenen jeweils einen anderen Dienstposten in der HA VIII. Es wird im Übrigen darauf hingewiesen, dass mittlerweile wiederholt auch Gesuche von Mitarbeitenden anderer Hauptabteilungen auf Umsetzung in die HA VIII gestellt wurden.

21. *In der Drs. 22/7886 gab der Senat an: „Am 7. Februar 2022 hat eine Begehung der Hauptabteilung VIII durch die Fachkraft für Arbeitssicherheit und die Betriebsärztin stattgefunden, deren Ergebnis der Leitung der Staatsanwaltschaft im März zur Kenntnis gebracht wurde. Für eine darüber hinausgehende Betrachtung durch das Amt für Arbeitsschutz oder den Arbeitsmedizinischen Dienst bestand keine Veranlassung. Es wurde festgestellt, dass die räumliche Situation der Geschäftsstellen der Hauptabteilung VIII dazu führt, dass Akten auf dem Fußboden oder auf Fensterbänken gelagert werden, was dazu führt, dass die Mindestbreite von Verkehrswegen nicht eingehalten und die Lüftung teilweise nur durch Kippstellen der Fenster möglich ist. Außerdem wurde festgestellt, dass einige der Aktenkartons das Höchstgewicht überschreiten, was ab sofort abgestellt wird. An einer Lösung wird gearbeitet. Insbesondere wird gegenwärtig geprüft, ob durch räumliche Veränderungen eine Verbesserung erreicht werden kann.“*

a. *Wie stellt sich die Raumsituation aktuell dar?*

Die Raumsituation konnte in einigen Dienstzimmern dadurch verbessert werden, dass durch Nutzung zusätzlicher Räume eine gewisse Entzerrung herbeigeführt wurde. Aufgrund der hohen Aktenlast kommt es in einigen Dienstzimmern jedoch noch immer zu sehr beengten Bereichen. Weitere Entzerrungsmöglichkeiten bietet das genutzte Dienstgebäude zurzeit nicht.

b. *Sind ausreichend Ablagemöglichkeiten für die Vielzahl der Akten vorhanden?*

Grundsätzlich sind in den meisten Dienstzimmern genügend Ablagemöglichkeiten vorhanden. Jedoch entsteht bei längerfristig nicht besetzten Dienstposten (vor allem aufgrund dauerhafter Erkrankungen) ein Bearbeitungsrückstau, für welchen die vorhandenen Ablageflächen mitunter nicht genügen. Da die Beschäftigten des Servicebereichs das Vertretungsaufkommen nicht immer zeitnah abarbeiten können, werden dann die noch zu bearbeitenden Akten nach Priorität sortiert und mit Tagesdatum sortiert, damit ersichtlich ist, was als Nächstes zu bearbeiten ist.

c. *Wie stellt sich die Situation in den übrigen Hauptabteilungen dar?*

Auch in anderen Hauptabteilungen bestehen mitunter räumliche Engpässe bei der Lagerung von Akten. So müssen infolge des erheblichen Aktenumlaufs im Falle von größeren Bearbeitungsrückständen auch in einzelnen Büros in den HA I, IV und V zeitweise Akten außerhalb der regulären Ablageflächen abgelegt werden. In den HA II, III, V und VI fehlen zudem insbesondere Räume zur Lagerung von Umfangsverfahren in Kartons. Die Kartons stehen mitunter in den Büros. Insbesondere in den HA V und VI werden die Kartons mangels anderer Abstellflächen regelmäßig auf den Fluren (zwischen-)gelagert.

In der HA VII sind genügend Ablagemöglichkeiten vorhanden.

22. *Welche Erkenntnisse liegen der zuständigen Behörde über die Entwicklung der Arbeitsbelastung sowie der Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten in der Vollstreckungshauptabteilung VIII vor?*

Die Arbeitsbelastung in den Geschäftsstellen der HA VIII ist aufgrund der Vakanzen und Langzeiterkrankten weiterhin hoch. Die HA VIII gehört zu den Hauptabteilungen mit der höchsten Vakanzenquote im Servicebereich. Die Hauptabteilungsleiterin der HA VIII hat in der Kalenderwoche (KW) 21 erneut die Überlastung des Servicebereichs der HA VIII angezeigt. Die Leitung der Staatsanwaltschaft unternimmt im Rahmen der Möglichkeiten insbesondere sämtliche Anstrengungen zur (Nach-)Besetzung vakanter Stellen. Gleichzeitig werden die durch die Organisationsberatung „PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH“ (PD) vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsabläufen und Mitarbeiterzufriedenheit auch in der HA VIII umgesetzt.

Siehe auch Antwort zu 17c.

23. *In der Drs. 22/7886 teilte der Senat zur Frage des Abschlusspapiers der Behördenleitung im Hinblick auf die in der 21. Legislaturperiode durchgeführte Gefährdungsanalyse psychischer Belastungen am Arbeitsplatz hin mit: „Konkrete Maßnahmen sollen gemeinsam mit einer externen Organisationsberatung entwickelt werden, die voraussichtlich am 1. Mai 2022 begonnen werden wird. Im Übrigen siehe Drs. 22/5524. Die Leitung der Staatsanwaltschaft hat vor diesem Hintergrund vorerst von der Erstellung eines Abschlusspapiers abgesehen.“*

- a. *Welche konkreten Maßnahmen wurden mit der externen Organisationsberatung entwickelt, welche jeweils wann in welcher Hauptabteilung umgesetzt?*

Zunächst wurde durch die externe Organisationsberatung PD im Rahmen einer zwei-monatigen „Diagnosephase“ anhand von verschiedenen Erhebungsmethoden (unter anderem Teilnahme an Besprechungen, Befragungen und Einzelinterviews) die Stimmung bei den Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft Hamburg erhoben und analysiert. Diese Phase wurde im August 2022 abgeschlossen.

Dem Erhebungsteil schlossen sich Vorschläge zu verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsabläufen und Mitarbeiterzufriedenheit an, deren Prüfung, konkrete Ausarbeitung und Umsetzung weiterhin andauern. Der Prozess wird auch derzeit noch von PD begleitet.

Die folgenden Maßnahmen wurden bereits umgesetzt oder befinden sich in Umsetzung:

- Neustrukturierung der Kommunikationsformate der Hauptabteilungsleiter(HAL)- und Abteilungsleiter(AL)-Besprechungen zur Umsetzung einer neuen Top-down-/Bottom-up-Logik. Die Maßnahme wird seit Dezember 2022 umgesetzt. Eine entsprechende Umstrukturierung der Hauptabteilungsgeschäftsleiter(HAGL)- und Geschäftsleiter(GL)-Besprechungen ist beabsichtigt und soll zeitnah erfolgen.
- Einführung eines seit November 2022 monatlich erscheinenden „Newsletters“ der Leitung der Staatsanwaltschaft, über den die Mitarbeitenden über aktuelle, die Behörde betreffende Themen informiert werden.
- Einführung eines sogenannten Market-Place-Formats im November 2022. In regelmäßig stattfindenden, themenbezogenen Gesprächsrunden haben die Mitarbeitenden aller Bereiche die Gelegenheit, mit der Leitung der Staatsanwaltschaft in direkten Austausch zu treten und konkrete Wünsche und Vorschläge einzubringen.
- Einberufung eines sogenannten Transformationsteams im November 2022, welches mit Mitarbeitenden verschiedener Hauptabteilungen und Geschäftsbereiche besetzt wurde. Das Team ist dauerhaft aufgestellt und erarbeitet Vorschläge zu „kleineren“ Reformvorhaben, insbesondere zur Verbesserung von alltäglichen Arbeits- und Verwaltungsabläufen, die anschließend durch die Behördenleitung geprüft und – so weit wie möglich – umgesetzt werden. Die Teamsitzungen werden derzeit noch von PD begleitet.
- Einberufung einer Arbeitsgemeinschaft (AG) zur Überarbeitung des internen Personalverteilungsschlüssels (AG „Verteilungsschlüssel“) im Oktober 2022. Das Ziel ist eine Überarbeitung des internen Personalschlüssels im Sinne einer sachgerechten und möglichst ausgeglichenen Personalverteilung zwischen und innerhalb der Hauptabteilungen. Die AG tritt derzeit in regelmäßigen Sitzungen zusammen und wird derzeit noch von PD begleitet.
- Die Etablierung regelmäßiger Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche sowie Rückmeldegespräche ist für das Jahr 2023 beabsichtigt.
 - b. *Wurde zwischenzeitlich ein Abschlusspapier der Behördenleitung erstellt?*
 - c. *Falls ja, mit welchem Inhalt?*
Falls nein, weshalb nicht?

d. *Wurde seitdem eine neue Gefährdungsbeurteilung durchgeführt?*

Falls ja, wann und mit welchen Ergebnissen?

Falls nein, weshalb nicht und wie häufig oder bei welchen Anlässen sind entsprechende Gefährdungsbeurteilungen nach dem Arbeitsschutzgesetz vorgesehen?

Ein Abschlusspapier wurde bislang nicht erstellt. Der Grund hierfür ist, dass die Begleitung durch die externe Organisationsberatung noch bis Juli 2023 andauern wird. Aus demselben Grund wird daher aktuell auch kein Bedarf für eine weitere Gefährdungsanalyse gesehen.

Siehe auch Antwort zu 22.

24. Nachdem der Senat in der Drs. 22/6338 noch angab, dass eine Zwischenevaluation des noch bis Ende 2022 laufenden Projekts für das Ende des Jahres (2021) vorgesehen war, teilte er in der Drs. 22/7724 mit: „Das Projekt wird insgesamt evaluiert. Von der angesprochenen Zwischenevaluation ist aus Ressourcengründen abgesehen worden.“ Was hat das Ende 2022 beendete Projekt ergeben? Welche Maßnahmen wurden auf Basis der Ergebnisse des Projekts bereits eingeleitet, welche weiteren sind geplant?

Eine Evaluation des Projekts ist aus Ressourcengründen noch nicht abgeschlossen. Unabhängig davon sind der Leitung der Staatsanwaltschaft die personellen und räumlichen Probleme in der HA VIII jedoch bekannt. Im Übrigen siehe Antworten zu 21 und 22.